

den Wirkungen der nuklearen Verheerungen sowohl für den Vormarsch der Truppen als auch für ihre Versorgung aus dem Hinterland. Die ungarischen Untersuchungen darüber, was dann für das eigene Land zu erwarten war, prognostizierten Verluste und Chaos von nicht mehr beherrschbarem Umfang. Es entsteht der Eindruck, dass das sowjetische Kalkül diese Perspektive der Verbündeten ignorierte.

Wie wenig die Führungsmacht auf die Interessen und Wünsche der kleinen Staaten im Pakt Rücksicht zu nehmen brauchte, zeigt der Aufsatz von János Jakus über die ungarische Rolle in der Kommandostruktur des Bündnisses während der achtziger Jahre. Im offiziell höchsten Gremium, dem Politischen Konsultativkomitee (dem Politisch Beratenden Ausschuss), waren alle Länder vertreten und konnten Beschlüsse nur gemeinsam fassen. Auch lieferte der von der UdSSR gestellte Oberbefehlshaber der Paktstreitkräfte zu dessen Sitzungen Berichte ab. Der aber hatte einen ebenfalls sowjetischen Stabschef an seiner Seite, stützte sich auch sonst auf sowjetisches Militär und traf seine Entscheidungen nach Weisungen aus Moskau. Das galt auch für die Festlegung der Einsatzpläne, über deren genauen Inhalt die ihm im Kriegsfall unterstellten verbündeten Militärs keine Kenntnis hatten.

Nach außen hin wurde diese Lage verschleiert durch die Existenz eines „Vereinten Kommandos“, das aber kein Führungsorgan im Kriegsfall, sondern eine Verbindungsstelle zwischen dem sowjetischen Generalstab und den Stäben der nationalen Streitkräfte war. Im Stab der Vereinten Streitkräfte wurden die Stäbe der Mitgliedsländer durch kleinere Arbeitsgruppen repräsentiert, die aus Vertretern der Teilstreitkräfte gebildet wurden. Die Kompetenzen des Vereinten Kommandos beschränkten sich auf die Koordination der Ausbildung, die Planung und Leitung der Kooperationsmanöver, die Standardisierung der Bewaffnung und die Zusammenarbeit bei der Rüstungsentwicklung.

Klaus Storkmann und Pál Germuska behandeln das interessante, politisch aufschlussreiche Nebenthema der Militärhilfe der DDR bzw. Ungarns für die Dritte Welt. Györgyi

Markó befasst sich mit der früheren, heutigen und zukünftigen Erforschung der Geschichte der Ungarischen Volksarmee. Analog dazu äußert sich Gerhard P. Groß über Bilanz und Perspektive der wissenschaftlichen Forschung über die NVA. Rüdiger Wenzke stellt die ostdeutschen Streitkräfte in ihrer Funktion als Koalitionsarmee dar und berücksichtigt dabei insbesondere die Beziehungen zur Ungarischen Volksarmee. Heiner Bröckermann wendet sich den Entwicklungsproblemen zu, denen sich die NVA in der Spätphase der achtziger Jahre gegenüber sah. Imre Okváth gibt Einblick in die Lage und Aktivitäten der ungarischen Militäraufklärung in den sechziger Jahren.

Insgesamt bietet der Band, der in Zusammenarbeit des Militärischen Forschungsamts in Potsdam mit dem Institut für Militärgeschichte in Budapest entstanden ist, viele wichtige neue Erkenntnisse sowohl über die Armeen der DDR und des kommunistischen Ungarn als auch über den Warschauer Pakt, der sie miteinander verband. Diese Aufsatzsammlung ist eine unverzichtbare Grundlage für die weitere Forschung und kann allen, die am derzeitigen Stand der Erkenntnis interessiert sind, warm empfohlen werden.

*Gerhard Wettig*

*Paulus Adelsgruber, Laurie Cohen, Bóris Kuzmany: Getrennt und doch verbunden. Grenzstädte zwischen Österreich und Russland 1772–1918. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2011. 316 S. 35,- €*

Die Regionalgeschichtsschreibung löst sich seit etwa zwei Jahrzehnten zunehmend aus ihrem traditionellen Ansatz. Sie stellt heute einen wichtigen Teilaspekt der wissenschaftlichen Historiographie dar, indem sie lokale wie regionale Ereignisse in organischer Rückbindung an die „größere“ Geschichte analysiert. Für weite Teile der ehemaligen Sowjetunion ist dieser historiographische Ansatz allerdings immer noch als randläufig einzustufen.

Vereinzelt versuchen Forschungsvorhaben sich dieses Mankos anzunehmen, so mühsam das vor allem im Hinblick auf die Quellenla-

ge sein mag. Die vorliegende Kollektivmonographie von Paulus Adelsgruber, Laurie Cohen und Börries Kuzmany ist ein gelungenes Beispiel dafür und demonstriert anhand von sechs sich gegenüber liegenden Städten entlang der Grenze zweier Imperien (Brody–Radzivilov, Podwołoczyska–Voločisk, Husiatyn–Gusjatin) zahlreiche methodische wie inhaltliche Möglichkeiten einer solchen Analyse. Sie basiert auf der Perspektive der Peripherie und gleicht diese zusätzlich mit jener des jeweiligen staatlichen Zentrums ab. Dabei spielen die politischen und gesamtgesellschaftlichen Prozesse zwischen den beiden Imperien, zwischen den Hauptstädten Wien und St. Petersburg und den Grenzorten, eine entscheidende Rolle.

Die gemeinsame Monographie profitiert von den Einzelforschungen der Autoren. Der individuelle Charakter der Grenzstädte bekommt durch den Vergleich mit den jeweils anderen in dieser Studie ausgewählten Orten als auch im permanenten Mitdenken des Zentrums eine größere Tiefenschärfe, als dies bislang Einzelarbeiten leisten konnten. Darüber hinaus löst sich die Studie von der statischen Betrachtung nationalstaatlicher Grenzen und zeigt deutlich den dynamischen Charakter der Institution Grenze in ihrer Auswirkung auf die unmittelbar betroffenen Siedlungen in der Kontaktzone zweier Imperien und ihre spezifische Gesellschaft im Alltag.

Das Buch entstand aus den Projekten „Multikulturelle Grenzstädte in der Westukraine 1772–1914“ und „Imperiale Peripherien: Religion, Krieg und die Szlachta“, die vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in den Jahren 2004 bis 2009 finanziert wurden und unter der wissenschaftlichen Leitung von Andreas Kappeler am Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien angesiedelt waren. Neu an der methodischen Herangehensweise ist nicht nur die Schwerpunktsetzung auf der Quellenbasis bislang weitgehend ungenutzter und nicht immer leicht zugänglicher Regionalarchive, sondern auch deren gespiegelte regional-zentrale Betrachtung auf beiden Seiten der vormaligen imperialen russisch-österreichischen Grenze.

In sechs thematisch orientierten Kapiteln (Der Blick auf die Grenzstädte; Der Blick auf die Grenze; Grenzstadt – Handelsstadt; Grenze und Religion; Krieg und Besatzung; Was bleibt?) wird die Entwicklung dieser Grenzorte jeweils in einem größeren zeitlichen Bogen kritisch nachgezeichnet.

Die Fragenbündel spannen sich von der konkreten Grenzziehung im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts über die Auswirkungen der mit der Grenze beginnenden staatlichen Zuordnung bis hin zur Präsenz des Zentrums in der Peripherie. Dabei steht eine alltagsgeschichtliche Betrachtung der Städte im Vordergrund. Die Autoren machen die Ausbildung multipler Identitäten in der Bevölkerung aus bei weitgehend klar umrissenen Loyalitätsstrukturen gegenüber dem staatlichen Zentrum. Besonders aufschlussreich arbeiten sie die Diskursspannung heraus, die zwischen zentraler Politik in der Ausgestaltung der staatlichen Grenze und regionalen Aushandlungsprozessen in der parallel dazu verlaufenden alltäglichen Überwindung derselben besteht.

Der zeitliche Betrachtungsbogen deckt allerdings auch die Abhängigkeit und die weitgehende Außenbestimmtheit des Schicksals dieser peripheren Grenzstädte auf. Trotzdem erweist sich die Grenze zwischen den Imperien sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf regionaler Ebene insgesamt als Membran kontinuierlicher Kommunikation. Dies ist das zentrale Ergebnis der Studie.

Diese Membran wird im 20. Jahrhundert, eingeleitet durch den Ersten Weltkrieg, sukzessive zerstört. Und dennoch gibt es Spuren persistenter Kontinuitäten über diesen markanten Bruch hinweg, obwohl erzwungener Bevölkerungsaustausch und neue Grenzziehungen den Charakter dieser Städte weitgehend umgestaltet haben. Diese Persistenzen lassen sich vor allem in der gegenwärtigen Ausgestaltung der Konfessionslandschaft (Bedeutung der Unierten Kirche) und in einem sich vom Rest der Ukraine abweichenden Wahlverhalten wiederentdecken.

Das abschließende Kapitel setzt sich als Reise- und Erfahrungsbericht von den anderen Kapiteln der Monographie ab und bietet zudem eine Auseinandersetzung mit dem

Heute des Raumes. Damit steht dieser Teil auch als Aufforderung, die Gegenwart und ihre jeweils spezifische Wahrnehmung von Vergangenheit mit einzubeziehen, wie es die Autoren in den Regionalmuseen mit der Darstellung der „öffentlich erzählten Geschichte vor Ort“ (S. 272) verwirklicht sehen.

Es ist insgesamt eine hervorragende Studie, die sich klar abseits der seit 1989 dominierenden melancholischen Betrachtungsweise des Verlustes und des Betrauens von vermeintlich untergegangenen Glanz hält. Gleichzeitig bietet die Monographie eine Reihe von methodischen Ansätzen, die beispielgebend für ähnliche Vorhaben sein könnten.

*Kurt Scharr*

*Sigita Urdze*: Die externe Demokratieförderung der EU in den zentralasiatischen Staaten. Baden-Baden: Nomos Verlag 2010. 280 S. 49,- €

Wissenschaftliche Publikationen gewinnen an Reiz und an Aufmerksamkeit, wenn sie ihren Gegenstand nicht nur methodisch sauber, sondern auch aus kritischer Distanz untersuchen. Letzteres lässt die vorliegende Dissertation von Sigita Urdze nicht erkennen. Der Titel des Buches klingt nach einem großartigen und wichtigen Thema: Förderung der Demokratisierung in einer Region, in der bekanntlich eher mehr als weniger autoritäre Herrscher Menschenrechtsverletzungen und Gewaltausbrüchen in einem erschreckenden Ausmaß Raum gewähren.

Bei der Lektüre stellt sich jedoch heraus, dass die Demokratieförderung in der EU-Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten kaum mehr als eine Marginalie darstellt. Kritischere Autoren wie Alexander Warkotsch sprechen zudem längst von einer „Diskrepanz zwischen erklärter Rhetorik und Realität“. Mit diesem Aspekt beschäftigt sich Sigita Urdze nicht näher.

Ihrer Forschungsfrage liegt vielmehr ein affirmativer Ansatz zugrunde: „Auf welche Art fördert die EU in den zentralasiatischen Staaten die Demokratie seit 1991 bis heute und wieso fördert sie die Demokratie auf die gewählte Art?“ Dies hat trotz beschränkter

Ambitionen durchaus seine Berechtigung. Urdze konzentriert sich auf die Wahl und Anwendung der Instrumente, also auf die *Art* der Demokratieförderung. Die Instrumente sind verschiedene Leitlinien, Beschlüsse, Verordnungen und Deklarationen. Insgesamt handelt es sich um acht Dokumente der EU. Urdze stellt deren Inhalte, den jeweils dazugehörigen Maßnahmenkatalog, die regionale oder länderspezifische Stoßrichtung, Anlass und Anwendung einzelner Akte vor und bewertet Charakter und Dimension der externen Demokratieförderung. Oft gelingt dies jedoch nur mit Hilfe von Vermutungen. Erstaunlicherweise schließt Urdze die „Initiative für Demokratie und Menschenrechte“ (EIDHR), mit der die EU in Zentralasien Demokratisierungspolitik im engeren Sinne betreibt, aus der weiteren Betrachtung aus, weil sie nicht einzuschätzen vermag, ob diese Maßnahme überwiegend fordernden oder überwiegend fördernden Charakter hat.

Um Instrumente und Maßnahmen möglichst gezielt und passgenau einzusetzen, muss die EU vom „Zustand der Demokratie“ ein genaues Bild haben. Und die Autorin braucht ebenfalls ein solches – als Grundlage für die Einschätzung der Instrumente im Hinblick auf bestimmte Dimensionen wie z.B. „Unterstützung oder Beeinträchtigung der innenpolitischen Stabilität“.

Folglich lässt sie sich von der öffentlichen Zurückhaltung der EU in dieser Frage nicht abschrecken und schreibt: „Trotz der begrenzten Möglichkeiten des Zugriffs auf Einschätzungen des Zustandes der Demokratie in den zentralasiatischen Staaten seitens des Rates und der Kommission erweist sich die Suche nach entsprechenden Dokumenten aus methodischen Gründen als zwingend erforderlich. Ohne eine entsprechende Einschätzung ist es nicht möglich, zu beurteilen, inwieweit ein diesbezüglicher Zusammenhang mit der Demokratieförderung insgesamt besteht.“ (S. 55)

Diese Einschätzung erarbeitet Urdze mit Hilfe der abstrakt-ahistorischen Demokratieindizes der EU und „anderer Quellen“, darunter vor allem von *Freedom House*, weil diese US-Stiftung die größte Übereinstimmung mit den Werten der EU aufweise. Ob deren libe-